

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bodenseekreis

Kreisverband Bodenseekreis

Vorstand:

Dr. Barbara Wagner
Ahmad Al Hamidi
Ulrike Seitz
Frank Heimpel-Labitzke
Sabine Witzigmann

Kontakt:

vorstand@gruene-
bodenseekreis.de

Friedrichshafen, 14. Dezember 2023

Pressemitteilung

Belastung der Kommunen ist hoch – unsere humanitären Werte verpflichten uns

Seit einigen Wochen und Monaten melden sich immer wieder Kommunen wegen der Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften oder Wohnungen. Die Lage scheint – aus der Perspektive der Verwaltungen betrachtet – dramatisch zugespitzt. Auch am Bodensee sprechen Kommunen deshalb von „Überforderung“ und sehen vor allem die Landes- und Bundespolitik in der Verantwortung.

Der Kreisverband Bündnis 90 / Die Grünen verfolgt diese Diskussionen und Stellungnahmen und möchte sie nicht unkommentiert stehen lassen. Auch er teilt die Sorge um den angemessenen Umgang mit Geflüchteten und der Wahrung der Grundsätze, die im Artikel 16 a des Grundgesetzes verbrieft sind und der Wahrung eines gedeihlichen Zusammenlebens aller Menschen im Bodenseekreis. Es gilt die Menschenwürde und die Menschenrechte einzuhalten sowie das Recht auf Asyl aufrecht zu halten. Zugleich zeichnet sich ab, dass die Möglichkeiten einer Unterbringung schwieriger werden, weil angemessener Wohnraum fehlt. Eine Belegung von Sporthallen kann aus unterschiedlichen Gründen keine Dauerlösung sein. Zum einen führt eine lang andauernde Zusammenpferchung von Menschen auf engem Raum mit mangelhafter Intimsphäre zwangsläufig zu Konflikten, zum anderen ist der Sportunterricht von Schülerinnen und Schülern Teil des Bildungsplans, den es einzuhalten gilt, Zudem ist der Vereinssport für Kinder, Jugendliche, die gesamte Gesellschaft wichtig. Die Vereine leisten vielerorts eine wichtige Integrationsarbeit.

Was der Kreisverband mit Sorgen betrachtet, ist die wenig lösungsorientierte Argumentationsweise der Oberbürgermeister und der Bürgermeister:innen im Bodenseekreis. Hier scheint der Ansatz zu überwiegen, statt strukturelle Fehlentwicklungen anzugehen, die Probleme zu externalisieren. Gefordert werden zentrale Aufnahmestellen, ohne klar zu benennen, wo diese zu verorten sind. Ob an jenen Orten eine größere Akzeptanz zu erwarten ist, spielt in der Argumentationslinie keine Rolle. Dass eine von ungeeigneten Annahmen ausgehende Bau-, Personal- und Infrastrukturpolitik überhaupt erst zu dieser Überlastung geführt hat, wird ebenfalls nicht thematisiert. So entsteht schnell der Eindruck, dass hier über Jahre auf Sicht gefahren wird, statt planerisch vorzugehen.

Als einen weiteren problematischen Diskussionspunkt betrachtet der Kreisvorstand der Grünen den Ruf nach schnellerer Abschiebung von nicht anerkannten Antragstellenden. Wir erkennen an, dass es Personen gibt, die nach eingehender Prüfung kein Recht auf Asyl in Deutschland haben. In solchen Fällen stehen wir einer Rückführung nicht entgegen, sofern diese menschenwürdig und rechtsstaatlich korrekt vollzogen wird. „Es ist jedoch essentiell zu verstehen, dass Abschiebungen nicht immer ein geradliniger Prozess sind,“ stellt Ahmad Al Hamidi als Sprecher des Kreisverbands fachkundig fest. Rechtliche und administrative Verfahren müssen beachtet werden, insbesondere wenn es um die Identitätsfeststellung der Betroffenen geht.

Es ist zudem von Bedeutung, zwischen Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen zu unterscheiden. Die Anerkennung als Flüchtling ist an klare Kriterien gebunden, die im Asylgesetz festgelegt sind. Die Prüfung eines Asylantrags ist ein Prozess, der Zeit beansprucht. Und wir dürfen nicht vergessen, dass auch die Integration ein Prozess ist. Es ist unrealistisch zu erwarten, dass Asylbewerber über Nacht die deutsche Sprache beherrschen, einer Arbeit nachgehen und sich vollständig integrieren. Es ist zugleich ermutigend zu sehen, dass Asylsuchende mehrheitlich aktiv nach Arbeitsmöglichkeiten oder Ausbildungsplätzen streben. Dies verschafft ihnen wirtschaftliche und psychische Stabilität und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben.

Die Forderung nach schnellerer Abschiebung nicht anerkannter Antragsteller:innen klingt also auf den ersten Blick plausibel, löst aber aus unserer Sicht wenig Probleme. Die tatsächliche Abschiebemöglichkeit betrifft nur einen geringen Teil der abgelehnten Bewerber:innen. Die Wohnungs-, Kitaplatz-, Schulproblematik bestünde auch ohne die Geflüchteten, wird aber verschärft dadurch, dass niemand damit gerechnet hat, z.B. plötzlich 1000 Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen zu müssen.

Zudem vermisst der Kreisverband der Grünen den Blick über den Tellerrand hinaus, wenn es um die Vermeidung von Fluchtursachen geht. „Der Bodenseekreis erwirtschaftet nach wie vor einen guten Teil seines Wohlstands mit wenig Rücksicht auf Konsequenzen für das Klima und trägt zusätzlich durch die erhebliche Rüstungsproduktion dazu bei, Konflikte in anderen Weltregionen eher zu befeuern und damit Fluchtbewegungen auszulösen statt sie zu verhindern“, stellt Frank Heimpel-Labitzke fest. „Auch die wenig nachhaltigen Lebensgewohnheiten (nicht nur) am Bodensee tragen mit dazu bei, die Lebenssituation von Menschen im Globalen Süden zu verschlechtern“, ergänzt Sprecherin Barbara Wagner.

In einer Zeit, in der zugleich über fehlende Fachkräfte an verschiedensten Stellen geklagt wird, ist es unbegreiflich, jene im Bodenseekreis ankommenden Menschen nicht auch als Chance zu betrachten, über ein Integrationsverfahren Lücken in der Versorgung zu schließen und Geflüchtete als Teil unserer vielfältigen Gesellschaft anzunehmen. „Zahlreiche Migranten sind in unserer Region schnell angekommen und bringen sich aktiv im Berufsleben wie auch im Ehrenamt mit ein und stellen einen gar nicht hoch genug zu schätzenden Wert für unsere Gesellschaft dar“, stellt auch Beisitzerin Ulrike Seitz fest.

Zusammenfassend: Wir stimmen zu, dass viel zu viele Menschen weltweit fliehen. Sie fliehen, weil dort, wo sie bisher leben, weder aktuell noch in Zukunft ein Leben in Menschenwürde möglich ist. Ursachen dafür sind Krieg, Hunger, Entzug der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel und einiges mehr. Ein kleiner Teil dieser Menschen sucht Aufnahme bei uns. Wir stimmen zu, dass wir, die wir durch unser Handeln auf vielen Ebenen zu den Fluchtursachen beitragen, eine Verantwortung dafür haben, einen menschenwürdigen und damit ethisch vertretbaren Umgang mit all den Menschen finden, die um Aufnahme bitten – und dass das aktuell für die Mitarbeitenden in den Verwaltungen, aber auch diejenigen, in der Zivilgesellschaft, die sich dieser Verantwortung stellen, eine mehr als anstrengende Aufgabe ist. Gleichzeitig möchten wir deutlich machen, dass die Verantwortung für die Lösung dieser Probleme nicht auf die Flüchtenden abgewälzt werden darf. Weder durch Verlagerung der Prüfung auf Orte außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik, noch durch ein Zusperrn von Grenzen, egal wo. Bund, Länder, Kommunen und Zivilbevölkerung sind gemeinsam in der Verantwortung, die Folgen der Entstehung unseres Wohlstands zu bewältigen.